

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpf., bei Lieferung frei Haus 55 Rpf. Postbezug monatlich 2,50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stello: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. V. II.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Kamenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Kamenz

Nr. 518

Mittwoch, den 10. März 1933

90. Jahrgang

Chautemps fordert Vollmacht

Defizit-Lawine soll gestoppt werden

Die innerpolitische Lage Frankreichs ist neuerdings wieder gespannt. Die Regierung Chautemps ringt um eine parlamentarische Ermächtigung, um die Möglichkeit zu gewinnen, die französischen Rüftungspäne zu verwirklichen. Das Kabinett kann das nur, wenn die geplante Rüftungsanleihe einen vollen Erfolg bringt. Dazu gehört, daß man dem französischen Sparere, der in vorbildlicher Opferbereitschaft bisher seine Gelder dem Vaterlande zur Verfügung stellte, wieder volles Vertrauen einflößt. Aber dieses Vertrauen fehlt zur Zeit. Pfund und Dollar sind wieder auf einen Rekordstand von 156 und 31 Franken gestiegen. Die Ausgabenwirtschaft übersteigt immer noch die Einnahmen. Hinzu kommen die neuen Rüftungsaufwendungen in Höhe von 15 Milliarden Franken. Sie sollen durch die neue Wehranleihe beschafft werden. Beide Häuser des Parlamentes haben vor kurzem die unabwägige Finanzierungsklasse für die Landesverteidigung bewilligt. Der Geldschrank ist also da, aber es fehlt das Geld.

Die Regierung weiß seit langem, daß nur eine Drosselung der Ausgaben und eiserne Sparmaßnahmen helfen können. Hierzu fordert das Kabinett Chautemps, daß ihm unbeschränkte Vollmachten auf finanziellem und sozialem Gebiet gegeben werden sollen. Ein Ermächtigungsgesetz ist jedoch in französischen parlamentarischen Kreisen nicht beliebt. Zwar sind die Radikalsocialisten bereit, dem Volksfrontkabinett, das unter der Führung eines der Ihren steht, alles zu bewilligen, was es nur fordern möchte, jedoch haben die Sozialdemokraten trotz ihrer Zugehörigkeit zur Volksfrontmehrheit keine große Lust, gerade einem Volksfrontkabinett, das nicht unter ihrer, sondern unter radikalsozialer Führung steht, durch Bewilligung eines Ermächtigungsgesetzes große Handlungsfreiheit zu geben, die die Regierung ja auch auf dem Gebiete der Arbeitsgesetzgebung benutzen könnte. So stehen die Vorverhandlungen für das Ermächtigungsgesetz weitgehend unter dem Zeichen einer Vertrauenskrise.

Die Regierung will mit ihrer Forderung nach einem Ermächtigungsgesetz stehen und fallen. Kammer und Senat stehen also vor einer schweren Entscheidung. Eine Verweigerung der Vollmachten müßte die ganze Regierungsgrundlage ins Wanken bringen. Schon spricht man von einem Kabinett Daladier mit Chautemps als Außenminister. Seine parlamentarische Basis müßte dann aber wohl rechts von den Sozialisten und Kommunisten liegen. Vielleicht denkt man sogar an Neuwahlen. Jedenfalls kommt die Volksfront nicht um eine klare Entscheidung über ihr eigenes Schicksal herum.

Pressevertretern gegenüber erklärte Chautemps, Frankreich sei verpflichtet, beträchtliche Sondertredite für die Bedürfnisse seiner Sicherheit einzusetzen und habe sich entschlossen, eine autonome Kasse zu betrauen, diese Summe zu beschaffen. „Es scheint mir elementar“, so fuhr Chautemps fort, „die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Erfolg einer solchen Anleihe zu sichern. Die einzige Art, den Anleihezeichnern die Gewißheit zu verschaffen, daß die Fonds dieser Kasse allein für

die Bedürfnisse der Landesverteidigung eingesetzt werden, in sich in die Lage zu versetzen, sich die für andere Ausgaben des Schatzamtes notwendigen Summen leicht zu beschaffen.“

Somit werde notwendigerweise das allgemeine und schwerwiegende Problem des Schatzamtes aufgerollt. Noch vor kurzem hätten Léon Blum und Paul Reynaud erklärt, daß ein großes Land nicht lange leben könne, indem es jedes Jahr für 30 bis 35 Milliarden Anleihen aufnimmt, deren Zinsen jährlich das Defizit des Haushalts um zwei Milliarden erhöhen. Schließlich würde man keinen Anleihegeber mehr finden. „Es ist“, so erklärte Chautemps, „daher unerlässlich, den Mut zu haben, entschlossen an die Lösung dieses Problems heranzugehen. Dies würde das Verdienst meiner Regierung sein, selbst unter der Gefahr seiner Existenz dieses Problem gestellt zu haben, um es in voller Uebereinstimmung mit dem Parlament zu lösen.“

Es wird nichtsdestoweniger unvermeidlich sein, und zwar auf Grund des umfassenden Charakters der zu ergreifenden Beschlüsse, eine Uebertragung von Vollmachten zu erhalten, so wie schon zu wiederholten Malen derartige Vollmachten früheren Regierungen bewilligt worden sind.

Chautemps versicherte dann, daß er die bisherigen Sozialreformen nicht beeinträchtigen wolle. Er verlange nur, daß man der Regierung überlassen müge, die Opportunität der Einbringung jeder kostspieligen Vorlage zu beurteilen. Hinsichtlich der 40-Stundenwoche habe er die Durchführung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses für die Wirtschaftsprüfung mit dem Ziel einer elastischeren Gestaltung der Arbeitsorganisation gemäß den bestehenden Gesetzen verlangt.

Regierung „Blum bis Reynaud“?

Die Stellungnahme der Parteien zu den Forderungen Chautemps verzögerte sich, da die sozialdemokratische Kammergruppe sich weigerte, Beschluß zu fassen, bevor nicht die sogenannte Linksabordnung, d. h. die Parlamentsvertreter der Volksfront in der Kammer, berater haben. Eine neue Wendung trat dann dadurch ein, daß überraschenderweise ein Kabinettsrat einberufen wurde.

In den Wandelgängen der Kammer und des Senats erörterte man zu dieser Zeit bereits die Frage einer etwaigen Regierungsneubildung. Unter den zahlreichen Vermutungen, die man in diesem Zusammenhang äußert, scheint ein Kabinett „Blum bis Reynaud“ eine gewisse Wahrscheinlichkeit zu gewinnen. Die ursprünglich von Léon Blum geprägte Formel „Vor Thorez bis Reynaud“ hält man für überholt. Es scheint daß der von Léon Blum unterzeichnete Artikel im „Populaire“ über den Moskauer Prozeß doch zumindest die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten aufgezeigt hat, die zwischen den beiden Linksparteien bestehen. Gewisse Parlamentskreise sehen einen andauernden Wechsel verschiedener Ministerien voraus bis zu jenem Tag, da die allgemeine Lage derart schwierig geworden sein werde, daß eine „Regierung des öffentlichen Wohls“ unerlässlich werde.

1933 und 1934 noch beschäftigt, ob die Presse das Recht zur schrankenlosen Freiheit besitzt oder nicht, ob es eine absolute Freiheit der Meinung und des Geistes überhaupt gebe oder nicht, ob und warum die Presse einträglich sei oder nicht, alle die Probleme sind nun längst gelöst.

Dr. Goebbels verwies darauf, daß die Journalisten des Auslandes, die immer wieder betonten, sich einer publizistischen Freiheit zu erfreuen, meist im Dienst geheimer, jüdischer, freimaurerischer, international-marxistischer oder kapitalistischer Kreise stehen und sagte, zu den deutschen Journalisten gewandt:

Sie dagegen stehen im Auftrage Ihres eigenen Volkes, und die Arbeit, die Sie tun, ist Dienst an der Nation, sich immer wiederholende Pflichterfüllung an der Gesundheit, am Wohl, an der Ehre und an der Freiheit des deutschen Volkes.

Er geißelte dann die verwilderten Zustände in einer gewissen ausländischen Presse und stellte fest, daß, wenn hierin keine Aenderung eintrete, die Führung des Volkes die deutsche Presse aufrufen werde, um auch ihrerseits polemisch aufzutreten. Er verwahrte sich in diesem Zusammenhang gegen die Behauptung englischer Blätter, daß der Führer versuche, der englischen Presse einen Maulkorb anzuhängen. Niemand wird der englischen oder der französischen oder der Presse irgendeines anderen Landes verwehren, die deutschen Zustände wahrheitsgemäß zu schildern. Wird aber für diese Art von Sekzresse die Wahrheit über die deutschen Zustände nicht mehr das ausschlaggebende Element der publizistischen Arbeit, sondern die Lüge, die Verleumdung und die Sensationsmacherei, so kann in einer so erhitzten und verleumderisch entstellten Atmosphäre von Entspannung der Geister überhaupt nicht mehr die Rede sein.

Schließlich betonte der Minister, daß die deutschen Schriftsteller nicht mehr im Dienst einer anonymen Macht stehen, die sie selbst nicht kennen. Sie sind geistige Mitträger des großen Aufbauwerkes unserer Nation und unseres Reiches.

Abschließend gab der Minister seiner großen Befriedigung darüber Ausdruck, daß die in den Jahren 1933 und 1934 noch vorhandene Eintönigkeit der deutschen Presse stetig und steigend im Schwinden begriffen sei und daß sich nun wieder freie Individualität, freie geistige Konzeption nach allen Richtungen hin entfalten. Der Minister forderte die Presse auf, auf diesem einmal eingeschlagenen Wege tatkräftig fortzuschreiten. Es gibt gewisse Augenblicke, vor allem im außenpolitischen Leben einer Nation, in denen es besser ist, zu schweigen als zu reden. Daß die deutsche Presse in zunehmendem Maße eingibt, daß das so sein muß, erfüllt mich und alle meine Mitarbeiter in diesem Hause mit tiefer Freude und höchster Befriedigung.

Anschließend verbrachten die Hauptschriftleiter mit den für die Führung der deutschen Presse verantwortlichen Männern einige Stunden zwanglosen kameradschaftlichen Beisammenseins.

Ein stolzer Gedenktag

Bayern feiert die fünfte Wiederkehr des Tages der Machtübernahme

Am 9. März 1933 übernahm auch in Bayern eine nationalsozialistische Regierung die Geschicke des Landes. Zur Erinnerung an diesen denkwürdigen Tag fanden in der Hauptstadt der Bewegung und in der Umgebung 45 große Kundgebungen der Partei statt, in denen zusammen mit Männern, die damals führend an der nationalen Erhebung in München und Bayern beteiligt waren, zahlreiche bekannte Parteiredner sprachen.

Pressarbeit ist Dienst am Volke

Empfang im Reichspropagandaministerium

Reichsminister Dr. Goebbels gab in den Räumen seines Ministeriums einen Empfang für die deutsche Presse. Bei dieser Veranstaltung waren Staatssekretär Reichspressesache Dr. Dietrich, Staatssekretär Haake, Ministerialrat Berndt, der Leiter der Presseabteilung, wie auch die Referenten der Abteilung IV, zugegen. Ferner nahmen als führende Männer der deutschen Presse teil: der Präsident der Reichspressekammer, Reichsleiter Amann, der Leiter des Reichsverbandes der deutschen Presse, Hauptmann Weiß, die Hauptschriftleiter sämtlicher großer deutscher Zeitungen und einige Berliner Vertreter der Presse des Reiches.

Im Laufe des Abends nahm Reichsminister Dr. Goebbels das Wort zu wichtigen presspolitischen Fragen, die er als Schirmherr der deutschen Presse vor diesem Kreis von Fachleuten eingehend darlegte.

Nach einem Dank an die Presse für die Mithilfe am deutschen Aufbauwerk betonte Dr. Goebbels, wie schwer es gewesen ist, das in der Systemzeit vollkommen verlorengegangene Ansehen der deutschen Presse wieder herzustellen. Nirgendwo war, so betonte er u. a., der demokratisch-parlamentarisch-jüdische Verfall unseres Geisteslebens so sichtbar in die Erscheinung getreten, als gerade auf diesem Gebiet. All die vielen Probleme, die uns

